

Politik und Wahrheit

■ RUDOLF MITLÖHNER



Rudolf Mitlöhner, Studium der Theologie in Wien und Graz, Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“.

Der Regierungschef hat in einer parteiinternen Sitzung zugegeben, die Wählerinnen und Wähler über die wahre Lage des Landes schamlos belogen, im Wahlkampf unhaltbare Versprechungen gemacht, in seiner bisherigen Amtszeit zwingende Reformen nicht in Angriff genommen, kurz seine bisherige Amtszeit „verschissen“ zu haben, wie er sich auszudrücken beliebte. Auf welche Weise auch immer gelangt eine Tonbandaufzeichnung dieser Aussagen an die Öffentlichkeit, die Menschen reagieren wütend und zornig, gehen auf die Straße, radikaler Mob instrumentalisiert die Stimmung, es kommt zu gewalttätigen Ausschreitungen, die Räumlichkeiten des öffentlichen Fernsehens werden besetzt ... Die Rede ist natürlich nicht von Österreich, das eben Geschilderte ereignete sich Mitte September in Ungarn, im Mittelpunkt der öffentlichen Erregung stand der sozialdemokratische Premier Ferenc Gyurcsány. Oder, um eine fast schon legendäre „Krone“-Schlagzeile im Vorfeld von Schwarz-Blau I, bekanntlich wider den Willen Hans Dichands gebildet, zu paraphrasieren: „Volkszorn traf Gyurcsány voll“.

Abgesehen davon, dass auch Wolfgang Schüssel sich schon einmal mit derben Ausdrücken konfrontiert sah, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, gibt es wenige Parallelen zur österreichischen Situation. Wenn die ÖVP ihren ersten Platz verteidigt haben sollte (Redaktionsschluss dieser Ausgabe war vor dem 1. Oktober), dann wird sie sich das nicht mit falschen Versprechungen erlogen haben. Die Strategie von Schüssel und seinem Team war es schlicht, für die Fortschreibung des Bestehenden zu werben – Stichwort: „Hier geht’s uns gut“. Dazu gibt es im Prinzip für eine Partei, die den Regierungschef stellt, auch gar keine Alternative: Was sonst sollte sie tun? Wie umgekehrt niemand der Opposition vorwerfen kann, dass sie das Bestehende als stark verbesserungsbedürftig zu beschreiben bemüht ist: Wie sonst sollte sie sich als bessere Option anpreisen?

Nun könnte man freilich den Begriff der „Lüge“ auch enger fassen und darunter ebenso

das Verschweigen unangenehmer Wahrheiten subsumieren.

Das hieße für die Politik dann, dass die um Stimmen werbenden Parteien auch auf den Tisch legen müssten, was sie an zusätzlichen Belastungen, Steuererhöhungen, Einschnitten ins Sozialsystem etc. planen. Genauer: wem welches Geld weggenommen werden soll, das zu anderen umverteilt bzw. für als Priorität erkannte Ziele – ob das nun Abfangjäger, bildungspolitische Maßnahmen oder Familiengelder sind – verwendet werden soll. Ist es naiv, soviel Ehrlichkeit zu verlangen?

Die Ereignisse von Ungarn lassen sich jedenfalls als Lehrstück zum Thema „Politik und Wahrheit“ lesen. Sie sind ein Menetekel für ganz Europa, denn das Grundproblem stellt sich überall *cum grano salis* gleich: Die Politiker glauben, dass die Wahrheit ihren potenziellen Wählerinnen und Wählern nur in homöopathischen Dosen zumutbar ist. Die „Menschen draußen“ (© Bruno Kreisky) spüren die Diskrepanz, die zwischen Politirhetorik und Realität – nicht nur in Wahlkampfzeiten, aber dann naturgemäß besonders weit – klafft und reagieren darauf mit Politikverdrossenheit. Sie tun aber auch alles dazu, um die Politiker in ihrem Glauben zu bestärken, indem sie durch ihr Wahlverhalten signalisieren, dass sie belogen werden wollen. So beißt sich die Katze in den Schwanz: „Gyurcsány hat offenkundig die Wahrheit gesagt, die jeder erwartet: Politiker lügen“, hielt Gustav Seibt in der „Süddeutschen Zeitung“ lakonisch fest.

In Österreich gilt es spätestens seit dem berüchtigten „Pensionistenbrief“ Franz Vranitzkys als erwiesen, dass Wahlkampflügen vom Wähler honoriert werden. Und Angela Merkel hat gezeigt, dass man sich nicht zuerst hinter einem Experten – Paul Kirchhof – verstecken und den dann aus Angst vor der ohnehin nur schwach ausgeprägten Courage im Regen stehen lassen kann. Geht es auch anders? Im eben abgelaufenen Wahlkampf war davon nichts zu merken. Aber vielleicht belehrt uns ja die aus diesen Wahlen hervorgehende Regierung eines Besseren ...